

28. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 24. OKTOBER 2006

Vorlage Nr. 838 ANFRAGE
Zu TOP 14

A N F R A G E

des Stadtrats Klaus Stapf und der Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) vom
20. September 2006

Lebensmittelüberwachung in Karlsruhe - Gammelfleisch und Gen-Reis

Wann und wo wurde bisher in Karlsruhe Gammelfleisch und Gen-Reis
gefunden?

Wie wurden diese Vorkommen entdeckt?

Wurden seit Übergang der Zuständigkeit für die Lebensmittelüberwachung
auf die
Kommunen weitere Fälle von Verstößen gegen das Lebensmittelgesetz
festgestellt?

Wenn ja: In welcher Form, in welchen Betriebssparten und wie häufig?

Hat die städtische Lebensmittelüberwachung ausreichend Kapazitäten, um
neben
ihren üblichen Aufgaben aktuelle Fälle von Verstößen gegen das
Lebensmittelgesetz z. B. durch den Verkauf von Gammelfleisch oder von
nicht als
solchen gekennzeichneten gentechnisch veränderten Lebensmitteln ohne
Einschränkungen zu verfolgen?

Falls nein: Welche Ressourcen werden benötigt und welche Maßnahmen sind
geplant, um die notwendigen Kapazitäten bereitzustellen?

Arbeitet die städtische Lebensmittelüberwachung auch präventiv, d. h.
werden
auch ohne Beanstandungen und aktuelle Skandale regelmäßig
Lebensmittelproben
genommen und analysiert?

Falls ja, findet dies auch hinsichtlich des Verkaufs von Gammelfleisch
und
nicht gekennzeichneten gentechnisch veränderten Lebensmitteln statt?

In welchen Zeitabständen und zu wie viel Prozent werden die Lebensmittel
in
Karlsruhe geprüft? Wie und nach welchen Kriterien erfolgt die Auswahl der

Betriebe und Verkaufsstellen, deren Produkte einer Prüfung unterzogen werden?

Erfolgt die Prüfung in allen Sparten, die mit Lebensmitteln handeln, wie z. B.

Groß- und Einzelhandel, Supermärkte, Restaurants, Imbiss?

Sachverhalt/Begründung:

Die öffentliche Diskussion um betrügerische Methoden bei der Auszeichnung von

Lebensmitteln beunruhigt auch die Bürgerinnen und Bürger in Karlsruhe. So genanntes Gammelfleisch und so genannter Gen-Reis bergen gesundheitliche Risiken und wurden laut Medienberichten inzwischen auch in der Region bzw. in

Karlsruhe selbst gefunden. Nach der Zerschlagung des Wirtschaftskontrolldienstes

des Landes Baden-Württemberg im Zuge der Verwaltungsreform sind die Kommunen

selbst für die Lebensmittelüberwachung zuständig.

Um die besorgten Bürgerinnen und Bürger entsprechend informieren zu können,

bitten wir, die Anfrage öffentlich zu behandeln.

gez. Klaus Stapf

gez. Bettina Lisbach

Hauptamt - Sitzungsdienste -

13. Oktober 2006

Stellungnahme